

Quelle:

www.lazarus.at/2019/11/28/so-will-schweizer-bundesrat-den-pflegeberuf-aufwerten-selbststaendige-verordnung-von-bestimmten-leistungen-und-hilfsmitteln-ab-2020

So will Schweizer Bundesregierung den Pflegeberuf aufwerten: Selbstständige Verordnung von bestimmten Leistungen und Hilfsmitteln ab 2020?



Pflegefachpersonen sollen u.a. künftig den Pflegebedarf für einen Teil der Leistungen ohne ärztliche Anordnung ermitteln dürfen. Das sieht der Gegenvorschlag der Schweizer Regierung zur „[Pflegeinitiative](#)“ (Bild re. Kundgebung mit Sr. Liliane Juchli, und Forderungsplakat Abb. u.) des Pflegeberufsverbandes SBK vor. Über beides wird das neu zusammengesetzte Parlament in den nächsten Wochen beraten und abstimmen.

Die Regierung lehnt es zwar weiterhin ab, dass Pflegefachpersonen ihre Leistungen direkt mit den Krankenversicherungen abrechnen können – wie das von der „Pflegeinitiative“ des Berufsverbandes SBK sowie auch im

Gegenvorschlag der Gesundheitskommission des Nationalrates (SGK) gefordert wird - doch befürchtet die Schweizer Bundesregierung vermeintliche Kostensteigerungen im Gesundheitswesen.



JA zur Volksinitiative für eine starke Pflege

JA zu einer Pflege mit Zukunft
Wir alle sind früher oder später auf Pflege angewiesen. Pflegende setzen alles daran, Sie und Ihre Angehörigen bestmöglich und mitrespektvoll zu pflegen - sei es zu Hause, im Spital, in der Klinik oder im Pflegeheim. Die beste Pflege sicherzustellen, braucht es dringend mehr Pflegefachpersonal. Denn in den nächsten 30 Jahren wird die Zahl der über 65-jährigen Menschen in der Schweiz um über eine Million ansteigen. Der Anteil an alten, chronisch und mehrfach erkrankten Menschen wird massiv zunehmen.
Ein JA zur Volksinitiative für eine starke Pflege stellt die Pflegeversorgung langfristig sicher. Bund und Kantone werden in einem neuen Befähigungsartikel verpflichtet, für eine ausserordentlich, allen zugängliche Pflege von hoher Qualität zu sorgen.

JA zu einer hohen Patientensicherheit
Eineren Sicherheit als Patient, als Patientin steht auf dem Spiel. Internationale Studien zeigen eindeutig, dass es dank gut ausgebildeten Pflegefachpersonal weniger Komplikationen gibt im Spital und weniger Menschen sterben. In den letzten fünf Jahren wurden in der Schweiz jährlich 18 000 Pflegefachpersonen zu wenig ausgebildet.
Ein JA zur Volksinitiative für eine starke Pflege ist das beste Rezept gegen den Fachkräftemangel. Gestärkt sich mehr Personen für den Pflegeberuf entscheiden und länger im Beruf bleiben, braucht es attraktive Arbeitsbedingungen und bessere Lern- und Weiterbildungsangebote. Dazu gehören auch individuelle und flexiblere Arbeitsmodelle.

JA zu mehr Autonomie für Pflegefachpersonen
Wir sparen Geld. Heute muss in der Spital und im Heim für jede pflegerische Handlung, wie zum Beispiel das Einsetzen von Kompressionsstrümpfen oder die Unterstützung bei der Körperpflege, eine pro-forma-Unterschrift des Arztes eingeholt werden. Das verursacht unnötige Kosten.

Um die Autonomie der Pflegefachpersonen aber zu stärken, wurde bereits eine Änderung der Krankenpflege-Leistungsverordnung (KLV) verabschiedet, [teilte die Regierung jetzt mit](#). Damit werde die Tätigkeit der Pflegefachpersonen aufgewertet - denn diese dürfen künftig den Pflegebedarf für einen Teil der Leistungen ohne ärztliche Anordnung ermitteln. So werde einem zentralen Anliegen der Initiative entsprochen. Die Verordnungsänderung tritt ab 01. Januar 2020 in Kraft.

Finanzielle Förderung für mehr Abschlüsse gegen den Fachkräftemangel

Die Bundesregierung unterstützt ferner die Ausbildungsoffensive gegen den Mangel an Pflegefachkräften, will dafür aber 100 Mio. Franken weniger ausgeben als die Gesundheitskommission des Nationalrates (469 Mio.) für Ausbildungsbeiträge und Beiträge an die Betriebe für die nächsten acht Jahre. Einverstanden ist die Regierung damit, dass Ausbildungsbetriebe verpflichtet werden sollen, mehr Pflegefachpersonen als bisher auszubilden. Dafür werden sie von Bund und Kantonen finanziell unterstützt. Auf diese Weise soll die Zahl der Abschlüsse an Höheren Fachschulen (HF) und Fachhochschulen (FH) von heute 2.700 auf 4.300 jährlich angehoben werden.

Nun liegen alle unterschiedlichen Vorschläge auf dem Tisch. Das Parlament wird diese in den nächsten Wochen beraten und sich für die hoffentlich beste Lösung - im Sinne der beruflich Pflegenden ebenso wie zum Wohle der Pflegebedürftigen - besonnen und weitblickend entscheiden.